

PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG 24. NOVEMBER 2015



1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 24. November 2015 in Turin statt. Den Vorsitz führt Michel SERVOZ, Generaldirektor der GD Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission.

Er begrüßt die neuen Vorstandsmitglieder: Stephane KUNZ, Vorstandsmitglied, und Nadine NERGUISIAN, stellvertretendes Vorstandsmitglied für Frankreich; Michael KELLEHER, Vorstandsmitglied für Irland; Jean-Paul HEERSCHAP, stellvertretendes Vorstandsmitglied für die Europäische Kommission, GD Devco; Ingrid MÜLLER-ROOSEN, Vorstandsmitglied für Deutschland; Muyesser SOLAK, Vorstandsmitglied, und Vladima POPOVA, stellvertretendes Vorstandsmitglied für Bulgarien. Als Vertreter der Kommission sind Jordi Curell, Direktor (GD EMPL), Thomas BENDER, Referatsleiter (GD EMPL), Christophe MASSON (GD NEAR) und Jean-Paul HEERSCHAP (GD DEVCO) anwesend. Die Personalvertretung der ETF wird vertreten durch Shawn Mendes.

Die Vertreter von Zypern, Irland, Malta, Spanien, Slowenien und dem Vereinigten Königreich sind nicht anwesend. Die Beobachter der Partnerländer sind ebenfalls nicht anwesend.

2. Annahme der Tagesordnung

Auf Ersuchen des Vorsitzenden schlägt die ETF einen neuen Punkt zur Annahme betreffend die Regelungen für die Entsendung von nationalen Sachverständigen zur Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) vor. Der Vorstand nimmt die Tagesordnung mit dem unter Punkt 8 aufgenommenen neuen Tagesordnungspunkt an.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Der Vorstand genehmigt das Protokoll der letzten Sitzung vom 5. Juni 2015.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Die Follow-up-Punkte und die von der ETF zu deren Umsetzung erarbeiteten Maßnahmen sowie die Liste der schriftlichen Verfahren seit der letzten Vorstandssitzung werden präsentiert. Klärungsfragen werden nicht gestellt.

4. Entwurfs des Arbeitsprogramms 2016 der ETF

Madlen Serban und Peter Greenwood stellen den Entwurf des Arbeitsprogramms 2016 vor.

Die ETF teilt den Vorstandsmitgliedern mit, dass der Entwurf des Arbeitsprogramms 2016 der ETF gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1339/2008 auf Grundlage der Vorlage für das einheitliche Programmplanungsdokument, die jedoch an die Gegebenheiten der ETF angepasst worden sei, erarbeitet worden sei. Der Entwurf des Arbeitsprogramms sei in drei Abschnitte untergliedert: 1. Politischer Hintergrund 2. mehrjährige Programmplanung 2016-2017 sowie 3. operative Tätigkeiten.

Die vom Vorstand in der Sitzung vom 5. Juni 2015 formulierten Empfehlungen und Bemerkungen, die Stellungnahmen der Dienststellen der Europäischen Kommission im Zuge der dienststellenübergreifenden Konsultation und des am 7. Oktober 2015 abgehaltenen strukturierten Dialogs sowie die Vorschläge und Empfehlungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe des Vorstands, die auf der Sitzung vom 7. Oktober 2015 formuliert worden seien, seien bei der zur Annahme vorgelegten Fassung berücksichtigt worden.

Zudem wird auf den Inhalt des ersten Kapitels verwiesen, in dem die EU-Außenpolitik insbesondere in Bezug auf die Strategie „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“, die EU-Beschäftigungsstrategie, Migration und die Rolle des Unternehmertums bei der industriellen Entwicklung bewertet werde. Überdies würden die wichtigsten Politiken im Bereich der EU-Außenbeziehungen untersucht, die für die EU-Hilfe für den Beitritt, die Nachbarschaft und die Entwicklung einer Zusammenarbeit in Zentralasien entscheidend seien. Darüber hinaus umfasse die Analyse die sich verändernden Anforderungen und Umstände in den Partnerländern, wobei in erster Linie der Turin-Prozess sowie einschlägige Initiativen in der internationalen Entwicklungspolitik zugrunde gelegt würden. Die Analyse schließe mit der Festlegung von Prioritäten für Reformen im Bereich Humankapitalentwicklung für die einzelnen Regionen der Partnerländer ab.

Die Programmplanung der ETF für 2016 stütze sich auf die Fortschritte bei der Umsetzung der Mittelfristigen Perspektive 2014-2017. Für 2016 würden die folgenden Jahresziele vorgeschlagen:

1. Stärkung der Kapazitäten für die Entwicklung des Humankapitals in den Partnerländern durch faktengestützte Politikanalyse
2. Erhöhung der internen Effizienz der Berufsbildung in den Partnerländern durch Governance auf verschiedenen Ebenen des Berufsbildungssystems, Qualitätssicherung, Lernen und Lehre und Unterstützung der Umsetzung und Überwachung der betreffenden Programmplanung und Projekte der Europäischen Kommission
3. Erhöhung der externen Effizienz der Berufsbildung in den Partnerländern durch Unterstützung für Qualifikationen und Qualifizierungssysteme, Lernen am Arbeitsplatz, arbeitsplatzrelevante Fähigkeiten und Beschäftigungsfähigkeit, unternehmerische Fähigkeiten und unternehmerischen Lernens.

Die ETF werde ihre Tätigkeiten weiterhin im Zuge von sieben strategischen Projekten durchführen. Jedes strategische Projekt trage in erster Linie zu einem Jahresziel bei. Im Rahmen des strategischen Projekts zur Unterstützung für die Hilfe im Rahmen der EU-Außenpolitik hingegen werde abhängig von der jeweiligen Anfrage ein Beitrag zu unterschiedlichen Zielen geleistet.

Es werden die wichtigsten Änderungen am Entwurf des Dokuments seit der letzten Sitzung des Vorstands im Juni vorgestellt. Diese bezögen sich auf eine Aktualisierung des europäischen Kontexts und die Jahresziele seien enger mit den Bereichen des strategischen Projekts/dem politischen Fokus für 2016 sowie den prioritären Maßnahmen verknüpft worden:

- hohe Priorität für Kandidatenländer und Länder der Östlichen Partnerschaft mit Assoziierungsabkommen (Georgien, Republik Moldau und Ukraine) sowie Länder mit Assoziierungsabkommen und dem Status einer fortgeschrittenen Zusammenarbeit in der südlichen Nachbarschaftsregion (Jordanien, Marokko und Tunesien);
- mittlere Priorität für die übrigen Nachbarländer;
- geringe Priorität für Algerien, Israel und Russland;
- geringe Priorität für Zentralasien – ausschließlich regionale ETF-Projekte
- keine Aktivitäten in Libyen und Syrien.

Unterstützung für die EU-Hilfe werde auf Anfrage geleistet und eine Einbindung in den Turin-Prozess sei für alle Länder auf Anfrage möglich.

Nach der Annahme des konsolidierten EU-Haushaltsplans Ende 2015 sei eine Bestätigung des Haushaltsplans erforderlich, bevor das Arbeitsprogramm, die Umsetzungspläne und die strategischen

Perspektiven für die einzelnen Länder im Zeitraum 2017-2020 verteilt werden könnten. Für Anfang 2016 sei eine Anhörung im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments zur endgültigen Annahme des Arbeitsprogramms geplant.

Ende Januar 2016 werde die ETF Fragebögen versenden, um Informationen über die Bereitschaft der Vorstandsmitglieder zu einer Zusammenarbeit mit der ETF bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms zu erheben.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion. Karin MEYER (Luxemburg) dankt der ETF für die Qualität des Dokuments. Sie sei in ihrer Funktion als Vertreterin im Rat der EU-Ratspräsidentschaft nicht gebeten worden, besondere Empfehlungen zu unterbreiten.

Micheline SCHEYS (Belgien) gratuliert der ETF zu den nach der Erörterung des Entwurfs in der vorhergehenden Vorstandssitzung aufgenommenen Änderungen und der Festlegung der vorgeschlagenen Tätigkeiten gemäß dem Haushaltsplan. Sie betont die Bedeutung von Migration als tatsächlicher Herausforderung und begrüßt die Tatsache, dass dieses Thema im Rahmen der strategischen Projekte 4 und 5 berücksichtigt werde. Frau Scheys ersucht die Europäische Kommission um eine Erläuterung, wie die ETF einen klaren Beitrag zur Migrationsagenda leisten könne.

Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland) unterstützt diese Anmerkungen und gratuliert der ETF zur Qualität und Klarheit des Arbeitsprogramms. Die Gliederung entspreche den wesentlichen Punkten und alle von den Vorstandsmitgliedern im Juni formulierten Vorschläge seien in die aktualisierte Fassung aufgenommen worden. Des Weiteren weist sie darauf hin, wie gut die ETF auf die zahlreichen Entwicklungen, mit denen sie konfrontiert sei, reagiert und ihre Maßnahmen entsprechend angepasst habe. Sie ersucht die ETF, für Kommunikationszwecke eine kürzere Fassung des Arbeitsprogramms zu veröffentlichen.

Liga LEJINA (Lettland) gratuliert der ETF zu dem gut ausgearbeiteten Dokument. Sie äußert ihr Interesse an praktischen Aktivitäten in Verbindung mit Migration. Was den Verweis auf das Kommuniqué der Minister für Bildung der EU und Zentralasiens während der lettischen Präsidentschaft betreffe, so erläutert sie, dass nach der Vereinbarung alle in dem Kommuniqué enthaltenen Aspekte in die Praxis umzusetzen seien und nicht nur die im begleitenden Aktionsplan vereinbarten Punkte.

Auch der Vorsitzende bringt seine Anerkennung für das Arbeitsprogramm und die Berücksichtigung der von den verschiedenen Akteuren vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere mit Blick auf Migration, in der aktualisierten Fassung zum Ausdruck. Im Jahr 2016 müsse das Dokument möglicherweise angepasst werden, da aufgrund der aktuellen Flüchtlingskrise mit Migration in Zusammenhang stehende Themen eine Priorität der EU darstellten. Die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sei wesentlich und Kompetenzen müssten innerhalb und außerhalb der EU verbessert werden.

Der Vorsitzende informiert die Vorstandsmitglieder, dass die Kompetenzagenda der EU voraussichtlich im ersten Halbjahr 2016 angenommen werde, und ist erfreut, dass die Prioritäten der ETF mit den Schwerpunkten der Kompetenzagenda in Einklang stünden. Was die Qualifikationsrahmen betreffe, so bildeten diese ein Kernthema auf EU-Ebene und die ETF könne dazu einen Beitrag leisten, indem sie bewährte Verfahren aus den Partnerländern hervorhebe. Der Vorsitzende äußert sich zudem anerkennend über den Schwerpunkt auf unternehmerisches Lernen und betont, dass nach der Wirtschaftskrise zahlreiche Arbeitsplätze verloren gegangen und nur wenige neu geschaffen worden seien. Ein neues Wirtschaftsmodell, bei dem kleine Unternehmen von Einzelpersonen gegründet würden, gewinne an Bedeutung. Unternehmerisches Lernen sei in diesem Prozess von wesentlicher Bedeutung.

Madlen SERBAN (ETF) verweist auf die neuen Ziele, die in der überarbeiteten Europäischen Nachbarschaftspolitik festgelegt worden seien. Dabei werde auf die Bedeutung von Stabilität in den benachbarten Partnerländern und die Steuerung der legalen zirkulären Migration hingewiesen. In dem Erweiterungspaket werde hervorgehoben, wie wichtig das Humankapital bei der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Governance sei. Das Thema Migration werde hauptsächlich im Rahmen der strategischen Projekte 5 (Qualifikationen) und 6 (Beschäftigung) behandelt. Dadurch soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die Kompetenzen potenzieller Migranten verständlich und übertragbar seien. Kompetenzentwicklung müsse Teil der Beschäftigungspolitik sein, um sicherzustellen, dass sie wirksam integriert sei.

Micheline SCHEYS (Belgien) dankt der ETF für die Unterstützung bei der Koordinierung der Strategien und ersucht die Kommission, Lernergebnisse und ihre Verbindung zu Qualifikationen zu überprüfen.

Dimitrios PSYLLOS (Griechenland) fordert die ETF nachdrücklich auf, Schritte im Bereich Migration sowohl im Rahmen des Arbeitsprogramms 2016 als auch längerfristig im einheitlichen Programmplanungsdokument 2017-2020 auf den Weg zu bringen.

Auch Jan ANDERSSON (vom Europäischen Parlament benannter unabhängiger Sachverständiger) betont die Bedeutung der Integration von Kompetenzen, Beschäftigung und Migrationspolitik, weist aber darauf hin, dass dieses Konzept nur funktionieren werde, wenn in der EU eine gemeinsame Verantwortung mit Blick auf Migration wahrgenommen werde.

Zum Abschluss der Diskussion dankt der Vorsitzende der ETF für die Qualität des Arbeitsprogramms, das den aktuellen Prioritäten Rechnung trage und bei dem Migration berücksichtigt werde. Er erwähnt, dass die Validierung von Lernergebnissen ein wichtiges Thema für die Mitgliedstaaten sei und die Kommission diesen Aspekt im Rahmen der EU-Kompetenzagenda berücksichtige. Des Weiteren betont er, dass es wichtig sei, eine kurze Zusammenfassung des Arbeitsprogramms zu erstellen.

Der Vorstand genehmigt das Arbeitsprogramm 2016 der ETF.

5. Entwurf des Haushaltsplans der ETF für 2016

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den Haushaltsplan 2016 vor. Der derzeitige Entwurf des Haushaltsplans 2016 belaufe sich auf insgesamt 20 145 000 EUR.

Einnahmen

Der Haushaltsplan 2016 stütze sich auf einen Gesamtzuschuss in Höhe von 20 145 000 EUR sowohl für Verpflichtungs- als auch für Zahlungsermächtigungen. Dieser setze sich zusammen aus einem Zuschuss aus dem EU-Haushalt in Höhe von 19 956 000 EUR und einem Betrag von 189 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplans 2014.

Ausgaben

Der Haushaltsplan 2016 der ETF liege nominal auf dem gleichen Niveau wie die bisherigen Haushaltspläne seit 2011. Im Vergleich zu 2011 bedeute dies real einen Rückgang um etwa 10 %. Für die Titel 1 und 2 (Personalaufwendungen und Verwaltungsausgaben) decke der Haushaltsplan 2016 nur obligatorische Ausgaben ab, während Titel 3 (Ausgaben im Zusammenhang mit operativen Tätigkeiten) um 5 % gekürzt werde.

Die ETF schlage die folgende Aufteilung vor:

- Titel 1 für Ausgaben für das im Dienst der Stiftung stehende Personal: 13 867 400 EUR. Titel 1 entspreche 69 % des EU-Zuschusses und damit einer Erhöhung um 4 % im Vergleich zum

Berichtigungshaushaltsplan 2015. 2015 seien die Mittel für Titel 1 aus zwei wichtigen Gründen gekürzt worden: die unerwartete und erhebliche Senkung des Berichtigungsfaktors für Italien im Jahr 2014 und die gesperrte Anpassung der Bezüge für zwei aufeinanderfolgende Jahre, gefolgt von einer reduzierten Anpassung der Bezüge von 0,8 % im Jahr 2014. Voraussichtlich werde keiner dieser Gründe für den Haushaltsplan 2016 zutreffend sein. Im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsplan 2015 liege der vorgeschlagene Haushaltsplan für 2016 um 1,6 % niedriger.

- Titel 2 für Ausgaben in Zusammenhang mit Infrastruktur und allgemeiner Verwaltung: 1 589 100 EUR: Titel 2 entspreche 8 % des Zuschusses und damit einem Rückgang um 19 % im Vergleich zum Berichtigungshaushaltsplan 2015.
- Titel 3 für Ausgaben in Zusammenhang mit operativen Tätigkeiten: 4 688 500 EUR: Titel 3 entspreche 23 % des Zuschusses und damit einem Rückgang um 5 % im Vergleich zu 2015.
- Titel 4 für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen: Im Jahr 2013 habe die ETF eine Finanzierungsvereinbarung mit der GD DEVCO für die Durchführung des Projekts „Governance for Employability in the Mediterranean“ (Governance für Beschäftigungsfähigkeit im Mittelmeerraum) unterzeichnet: Das Projekt solle 2016 auslaufen. Da die Höhe dieser zweckgebundenen Ausgaben zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs des Haushaltsplans nicht bekannt sei, würden sie zu einem späteren Zeitpunkt durch einen Berichtigungshaushalt eingebracht.

Karl WIECZOREK (Österreich) erkundigt sich, weshalb die Kosten in Zusammenhang mit IT im Jahr 2016 gekürzt worden seien. Die ETF erklärt, dass dies darauf zurückzuführen sei, dass bestimmter IT-Bedarf durch den Berichtigungshaushalt 2015 gedeckt werde.

Der Vorsitzende teilt dem Vorstand mit, dass der Entwurf des Haushaltsplans der ETF für 2016 in Kraft treten werde, sobald die Haushaltsbehörde den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union verabschiedet habe. Auch die ETF leiste ihren Beitrag zu dem von der Europäischen Kommission beschlossenen Prozess des Personalabbaus, der in allen EU-Organen umgesetzt werde. Die Stabilität des Haushaltsplans 2016 zeige auf, dass die Europäische Kommission damit zufrieden sei, wie die ETF ihre Mittel verwalte.

Der Vorstand nimmt den Entwurf des Haushaltsplans 2016 der ETF an.

6. Berichtigungshaushaltsplan 2015

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den zweiten Berichtigungshaushaltsplan 2015 vor. Das Hauptziel dieses Berichtigungshaushaltsplans sei die Integration der neuen verschiedenen Einnahmen und die Darstellung der letzten Mittelübertragungen.

Beim Zuschuss, den die ETF von der Europäischen Kommission erhalte, und bei den zweckgebundenen Einnahmen seien keine Änderungen eingetreten.

Seit 2014 könne die ETF den aus dem von der Kommission erhaltenen Zuschuss erzielten Zinsertrag einbeziehen (Artikel 58 der Haushaltsordnung der ETF). Der für die ersten drei Quartale des Jahres 2015 kumulierte Zinsbetrag habe sich auf 9 041,65 EUR belaufen und falle unter verschiedene Einnahmen.

Seit dem letzten Berichtigungshaushaltsplan habe die ETF nach einer schriftlichen Konsultation des Vorstands (abgeschlossen mit Beschluss GB/15/DEC/011 vom 16. September 2015) eine Mittelübertragung vorgenommen, um den Haushaltsplan an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Es

werde vorgeschlagen, die Einnahmen aus kumulierten Zinsen (9 041,65 EUR) zur Renovierung der Büros zu verwenden.

Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan 2015 der ETF an.

7. i) Absichtserklärung mit dem Vorschlag, die Gültigkeit des Kooperationsabkommens zwischen der ETF und dem British Council um zwei Jahre (2016-2017) zu verlängern

Peter GREENWOOD (ETF) stellt die Absichtserklärung vor und informiert den Vorstand, dass das erste Kooperationsabkommen im November 2011 genehmigt und im Dezember 2011 mit einer Laufzeit von vier Jahren in Kraft getreten sei.

Die Absichtserklärung schaffe einen Rahmen für die Kooperation in Bezug auf i) Wissensaustausch in thematischen Bereichen; ii) Koordinierung und Kooperation in Regionen und Ländern, in denen beide Organisationen tätig seien, sowie iii) die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen zur Verbreitung von Informationen und Stärkung der Vernetzung.

In der Absichtserklärung sei eine kurze Analyse der Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen enthalten. Nach einer Analyse und Bewertung der Kooperation zusammen mit dem British Council schlage die ETF eine Verlängerung des Kooperationsabkommens um weitere zwei Jahre vor (2016-2017).

Der Vorstand nimmt die Absichtserklärung an.

ii) Absichtserklärung zwischen der ETF und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Peter GREENWOOD (ETF) stellt den Entwurf der Absichtserklärung vor, mit der ein Rahmen für die Zusammenarbeit für die Verbesserung der Maßnahmen im Bereich der menschlichen Entwicklung für den Zeitraum 2016-2017 geschaffen werde. Der geografische Schwerpunkt liege auf der Türkei, Südosteuropa sowie den südlichen und östlichen Mittelmeerländern.

Die Zusammenarbeit stütze sich auf festgelegte gemeinsame Prioritäten: i) Bewertungen des „Small Business Act“ in Südosteuropa und der Türkei, der Östlichen Partnerschaft und den südlichen und östlichen Mittelmeerländern; ii) die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von jungen Menschen; iii) Wissensaustausch zu den Konzepten für Frauen und Unternehmertum sowie iv) eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Abstimmung von Kompetenzen, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Eingliederung in der Türkei.

Der Vorsitzende betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der EBWE aufgrund ihrer Bedeutung für die Partnerländer und der Möglichkeit, Synergien zwischen verschiedenen Linien der EU-Unterstützung zu fördern, um mehr Hebelkraft und eine stärkere Wirkung auf die Reformen in den Partnerländern zu erzielen. Er betont, er hoffe, dass es den Partnerländern mit Unterstützung der beiden Einrichtungen gelingen werde, die im Dialog mit der EU festgelegten Ziele zu verwirklichen.

Der Vorstand nimmt die Absichtserklärung an.

8. Durchführungsbestimmungen betreffend unbezahlten Urlaub für Bedienstete auf Zeit und Vertragsbedienstete der Europäischen Union

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den Entwurf der Durchführungsbestimmungen betreffend unbezahlten Urlaub vor. Von der ETF seien wie von anderen Agenturen entsprechende Bestimmungen zu

Personalfragen anzunehmen. Nach diesen Bestimmungen sei es möglich, unbezahlten Urlaub von bis zu einem Jahr zu nehmen. Wenn sich der unbezahlte Urlaub jedoch auf einen Zeitraum von über sechs Monaten erstrecke, könne die ETF die Stelle besetzen. Bedienstete, die unbezahlten Urlaub nähmen, könnten zurückkehren, allerdings nur, wenn eine Stelle verfügbar sei.

In Beantwortung einer Frage von Karl WIECZOREK (Österreich), was passiere, wenn eine Person, die sich in unbezahltem Urlaub befinde, ihre Absicht zum Ausdruck bringe, wieder zurückzukehren und keine Stelle verfügbar sei, erläutert Henrik FAUDEL, dass sie in diesem Fall warten müsse, bis eine Stelle frei werde.

Madlen SERBAN (ETF) erläutert kurz den vorgeschlagenen Beschluss zu den Bestimmungen für die Entsendung von nationalen Sachverständigen an die ETF, der als zusätzlicher Tagesordnungspunkt zu Beginn der Sitzung aufgenommen wurde. Frau SERBAN betont den wichtigen potenziellen Mehrwert von entsendeten nationalen Sachverständigen für die ETF und erinnert den Vorstand daran, dass die ETF in ihrem Haushaltsplan einen an die ETF entsendeten Sachverständigen im Jahr 2016 berücksichtigt habe.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden nimmt der Vorstand sowohl die Durchführungsbestimmungen betreffend unbezahlten Urlaub für Bedienstete auf Zeit und Vertragsbedienstete der Europäischen Union als auch den Beschluss zu den Bestimmungen für die Entsendung von nationalen Sachverständigen an die ETF an.

9. Vorläufige Ergebnisse der externen Evaluierung der ETF

Thomas BENDER (GD EMPL) teilt dem Vorstand mit, dass nach der von der Europäischen Kommission im Juli 2015 organisierten öffentlichen Ausschreibung der Vertrag für die externe Evaluierung der ETF mit ECORYS unterzeichnet worden sei. Zwischenzeitlich sei der erste Anfangsbericht vorgelegt worden und seien gute Fortschritte zu verzeichnen. Einige Vorstandsmitglieder, die sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten verträten, hätten bereits am Konsultationsprozess teilgenommen.

Andrew MCCOSHAN und Valentina PATRINI, die Vertreter von ECORYS, stellen die vorläufigen Ergebnisse vor.

Folgende Ziele würden mit der Evaluierung verfolgt:

- Bewertung der Umsetzung der Verordnung, der von der ETF erzielten Ergebnisse und ihrer Arbeitsmethoden unter Berücksichtigung ihres Auftrags, ihrer Ziele und Funktionen entsprechend der Verordnung;
- Bewertung der Übereinstimmung zwischen Arbeitsprogrammen, Jahresberichten und Auftrag der ETF;
- Bewertung der fortgesetzten Relevanz, Wirksamkeit und Effizienz, Wirkung, Kohärenz, Nachhaltigkeit und des Mehrwerts der Maßnahmen der ETF (Mittelfristige Perspektiven 2010-2013 sowie 2014-2017, Arbeitsprogramme von 2011 bis 2014);
- Überprüfung des bestehenden Rahmens der ETF für Ziele/Funktionen, Vorschlag eines neuen Maßnahmenkonzepts, bei dem allgemeine, spezifische und operative Ziele eindeutig getrennt würden;
- Vorschlag eines Systems zur Messung der Wirkung der Maßnahmen der ETF in ihren Partnerländern vor dem Hintergrund der Entwicklungsunterstützung und -hilfe der EU;

- Bewertung des Umfangs, in dem die im Rahmen der letzten externen Evaluierung bzw. sonstiger relevanter Evaluierungen unterbreiteten Empfehlungen in die Praxis umgesetzt worden seien;
- Bereitstellung von Empfehlungen, um es der ETF zu ermöglichen, die Herausforderungen zu bewältigen und ihren Fokus zu stärken, um einen Beitrag zur Berufsbildung zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit und struktureller Reformen zu leisten.

Die Methodik der Evaluierung wird vorgestellt und es werden genaue Informationen über die Sekundärforschung, Interviews, Umfrageforschung, Fallstudien und Analyse der Kostenwirksamkeit unterbreitet.

Die Prüfer informieren über die vorläufigen Ergebnisse der Umfrage, die Mitte November eingeleitet und an über 800 Akteure verteilt worden sei. Insgesamt seien bereits 100 Antworten eingegangen.

Die vorläufigen Ergebnisse umfassten Folgendes:

- eine Überprüfung des bestehenden Rahmens der ETF für Ziele/Funktionen, Vorschlag eines neuen Maßnahmenkonzepts, bei dem allgemeine, spezifische und operative Ziele eindeutig getrennt würden. Das neue Maßnahmenkonzept wird an die Vorstandsmitglieder verteilt.
- Betreffend das spezifische Ziel Governance, Systeme und Politikgestaltung sei eine stärkere quantitative und qualitative Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen ermittelt worden, da wirksamere und effizientere Phasen der Politikgestaltung sowie Berufsbildungssysteme mit einer besseren Datenerhebung und -analyse, Koordinierung der zuständigen Stellen und Finanzierungsmechanismen bestünden. Auf die Frage, inwieweit die Aktivitäten der ETF zur Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in einem bestimmten Land beigetragen hätten, sei in 7 % der 72 eingegangenen Antworten angegeben worden, dass die ETF die wichtigste Antriebskraft für Veränderungen gewesen sei, und 64 % seien der Ansicht gewesen, die ETF habe wesentliche Unterstützung geboten.
- Zum spezifischen Ziel Berufsbildungsangebot und Qualitätssicherung hätten die Prüfer Belege für eine höhere Quantität und Qualität des Lernens am Arbeitsplatzes, eine bessere Ausbildung von Lehrkräften und Ausbildern und einer stärkeren Nutzung von Qualitätssicherung ermittelt. Auf die Frage, inwieweit die Tätigkeiten der ETF zu den wichtigsten Entwicklungen im Bereich berufliche Aus- und Weiterbildung in dem Land beigetragen hätten, sei in 6 % der 72 eingegangenen Antworten angegeben worden, dass die ETF die wichtigste Antriebskraft für Veränderungen gewesen sei, und 53 % seien der Ansicht gewesen, die ETF habe wesentliche Unterstützung geboten.
- Zum spezifischen Ziel Qualifikationen und Qualifikationssysteme lägen Belege vor, dass die Arbeit der ETF zu den nationalen Qualifikationsrahmen in den Partnerländern auf Lernergebnissen und der Validierung früherer Lernergebnisse beruhe. Auf die Frage, inwieweit die Aktivitäten der ETF zur Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in dem Land beigetragen hätten, sei in 6 % der 72 eingegangenen Antworten angegeben worden, dass die ETF die wichtigste Antriebskraft für Veränderungen gewesen sei, und 49 % seien der Ansicht gewesen, die ETF habe wesentliche Unterstützung geleistet.
- Was das spezifische Ziel des unternehmerischen Lernens und unternehmerischer Fähigkeiten anbelange, so seien eine Zunahme der Quantität und Qualität des unternehmerischen Lernens und verbesserte Lehrprozesse zur Entwicklung unternehmerischer Fähigkeit (insbesondere für junge Menschen, Frauen und Inhaber von KMU) sowie eine stärkere Nutzung von Qualitätssicherung festgestellt worden. Auf die Frage, inwieweit die Aktivitäten der ETF zur Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in dem Land beigetragen hätten, sei in 10 %

der 72 eingegangenen Antworten angegeben worden, dass die ETF die wichtigste Antriebskraft für Veränderungen gewesen sei, und 29 % seien der Ansicht gewesen, die ETF habe wesentliche Unterstützung geboten.

- Betreffend das spezifische Ziel von Arbeitsmarkt-Informationssystemen und Kompetenzen zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit hätten die Prüfer verbesserte Mechanismen zur Antizipation und Abstimmung von Kompetenzen und Anforderungen des Arbeitsmarkts (einschließlich auf sektoraler Ebene), verbesserte Mechanismen zur Unterstützung junger Menschen beim Übergang ins Berufsleben und verbesserte Maßnahmen zur Unterstützung von Migranten festgestellt. Auf die Frage, inwieweit die Aktivitäten der ETF zu den wichtigsten Entwicklungen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung in dem Land beigetragen hätten, sei in 7 % der 72 eingegangenen Antworten angegeben worden, dass die ETF die wichtigste Antriebskraft für Veränderungen gewesen sei, und 26 % seien der Ansicht gewesen, die ETF habe wesentliche Unterstützung geboten.

Auf die Frage, wie die Qualität der Tätigkeiten der ETF in dem Land bewertet werden könne, hätten 67 % angegeben, dass diese von hoher Qualität seien.

Der Vorsitzende merkt an, dass die ETF angesichts dieser sehr positiven Feststellungen zufrieden sein könne, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die endgültigen Ergebnisse entsprechend seien. Er ersucht die Prüfer zudem, auch Bereiche mit Verbesserungsbedarf zu ermitteln.

Dimitrios PSYLLOS (Griechenland) ersucht um genaue Angaben über die in der Evaluierung zugrunde gelegte Stichprobe. Insgesamt seien 800 Akteure aus den von der ETF, der Europäischen Kommission und den EU-Delegationen bereitgestellten Kontaktdaten ausgewählt worden. Dabei seien unterschiedliche Kategorien der Akteure in ausgewogener Weise berücksichtigt worden.

Micheline SCHEYS (Belgien) ersucht die Prüfer um ihre Meinung, weshalb der Prozentsatz für eine wesentliche Unterstützung der ETF betreffend Governance höher sei als bei den übrigen Zielen. Die Prüfer erläutern, dass Governance mehrere Bereiche der Berufsbildungssysteme betreffe, es müsse aber auf die endgültigen Ergebnisse gewartet werden, um Erklärungen zu finden. Sie würden die Ergebnisse weiter untersuchen.

Der Vorsitzende informiert die Vorstandsmitglieder abschließend, dass der Abschlussbericht im Juni 2016 vorgestellt und erörtert werde, und hofft, dass die Ergebnisse weiterhin positiv seien und maßgebliche Empfehlungen unterbreitet würden.

10. Einheitliches Programmplanungsdokument 2017-2020

Madlen SERBAN und Peter GREENWOOD stellen das Dokument vor.

Dem Vorstand wird mitgeteilt, dass das Programmplanungsdokument 2017-2020 in Einklang mit den Leitlinien und der gemeinsamen Programmplanungsvorlage für alle dezentralen Agenturen der EU erstellt worden sei. Es gliedere sich in drei Teile: der mehrjährige politische Kontext, die mehrjährigen Ziele und strategischen Maßnahmenbereiche für den Zeitraum 2017-2020 sowie schließlich die Jahresziele und Aktivitäten für 2017.

Es werde von einer Reihe von Anhängen begleitet, die nach der Vorlage erforderlich seien und detaillierte mittelfristige und jährliche Prognosen bezüglich der Mittel und des Leistungsmanagements der ETF enthielten.

Im ersten Abschnitt werde die EU-Außenpolitik insbesondere in Bezug auf die Strategie „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“, die EU-Beschäftigungsstrategie, Migration und die Rolle unternehmerischer Fähigkeiten bei der industriellen Entwicklung berücksichtigt. Überdies würden die

wichtigsten Politiken im Bereich der EU-Außenbeziehungen untersucht, die für die EU-Hilfe für den Beitritt, die Nachbarschaft und die Entwicklung einer Zusammenarbeit mit Blick auf Zentralasien entscheidend seien. Darüber hinaus umfasse die Analyse die sich verändernden Anforderungen und Umstände in den Partnerländern, wobei in erster Linie der Turin-Prozess zugrunde gelegt werde. Des Weiteren werde der Rahmen der internationalen Entwicklungspolitik dargelegt und insbesondere die Erwartung erläutert, dass die Agenda für nachhaltige Entwicklung eine zunehmend wichtige Rolle bei der Gestaltung der Humankapitalentwicklung in den ETF-Partnerländern spielen werde.

Anschließend würden im zweiten Abschnitt die wichtigsten Dimensionen erläutert, nach denen die ETF das Programmplanungsdokument erstellt habe.

Mit Blick auf die geografische Dimension habe die ETF die mit dem Vorstand für 2016 vereinbarten negativen Prioritäten aufrechterhalten. Diese umfassten:

- eine hohe Priorität für Kandidatenländer und Länder der Östlichen Partnerschaft mit Assoziierungsabkommen (Georgien, Republik Moldau und Ukraine) sowie Länder mit Assoziierungsabkommen und dem Status einer fortgeschrittenen Zusammenarbeit in der südlichen Nachbarschaftsregion (Jordanien, Marokko und Tunesien);
- eine mittlere Priorität für die übrigen Nachbarländer;
- eine geringe Priorität für Algerien, Israel und Russland;
- eine geringe Priorität für Zentralasien – ausschließlich regionale ETF-Projekte;
- keine Aktivitäten in Libyen und Syrien.

Die ETF werde auf Anfrage Unterstützung für die EU-Hilfe leisten und Partnerländer auf Anfrage in den Turin-Prozess einbinden.

Die zweite Dimension konzentriere sich auf die festgelegten Funktionen der ETF: Alle Maßnahmen der ETF zur Unterstützung der Humankapitalentwicklung in den Partnerländern seien von einer oder mehreren in der Gründungsverordnung definierten Funktionen geprägt. Dabei handele es sich um Folgende:

- Bereitstellung von Unterstützung für die Europäische Kommission im gesamten Projekt- und Programmplanungszyklus sowie im politischen Dialog und bei der Überwachung der politischen Fortschritte in Zusammenhang mit der Außenhilfe für die Partnerländer im Rahmen der Außenpolitik und Hilfsprogramme der EU;
- Aufbau von Kapazitäten;
- Bereitstellung faktengestützter Politikanalyse und politischer Beratung;
- Verbreitung von Wissen und Vernetzung, Förderung des Austausches von Informationen und Erfahrungen in der internationalen Gemeinschaft und zwischen den Partnerländern.
- Die dritte Dimension betreffe die thematischen Bereiche der Maßnahmen. Für den Zeitraum 2017-2020 beabsichtige die ETF, den Schwerpunkt auf folgende Themen zu legen:
 - wirksame Politikgestaltung in der Berufsbildung für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Zusammenhalt
 - Modernisierung der Berufsbildung mit Blick auf Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

- Übergang ins Berufsleben.

Was die Finanzmittel der ETF betreffe, so seien insgesamt die Mittel der ETF mit der Kommunikation der Kommission COM(2013) 519 final vom 10. Juli 2013 abgestimmt und spiegelten den bis 2018 eingefrorenen EU-Beitrag sowie die anschließende Erhöhung um 2 % bis zum Jahr 2020 wider. Was die Personalmittel betreffe, so werde in der Planung der ETF die schrittweise Umsetzung eines Abbaus von 10 % des Stellenplans, bis im Jahr 2018 insgesamt 86 Planstellen erreicht würden, bestätigt.

Als Einnahmen stünden der ETF der EU-Zuschuss sowie die Einziehung von Überschüssen aus Vorjahren zur Verfügung. Weitere Einnahmen seien im Zuge konkreter Projekte, die im Wege von Übertragungsvereinbarungen umgesetzt würden, möglich, derzeit bestünden aber keine entsprechenden Pläne.

Es wird ein Überblick über den Hintergrund, die Ziele, den geografischen Fokus und die wichtigsten Maßnahmen für die operativen Tätigkeiten im Jahr 2017 zur Verfügung gestellt.

Dimitrios PSYLLOS (Griechenland) erkundigt sich, ob das Thema Migration als horizontales Thema bei allen strategischen Projekten und nicht nur bei den strategischen Projekten 4 und 5, wie in der Präsentation erwähnt, berücksichtigt werde. Er fragt darüber hinaus nach den im Bereich formale Berufsbildungseinrichtungen gewonnenen Erkenntnissen und der zunehmenden Bedeutung des nicht formalen und informellen Lernens. In Beantwortung der Frage erläutert die ETF, dass sich ihre Arbeit im Bereich Migration hauptsächlich auf zirkuläre legale Migration beziehe, wobei zu berücksichtigen sei, dass darauf geachtet werden müsse, dass die Menschen zu Hause blieben, so dass sich Migration nicht zu einem horizontalen Thema entwickeln könne. Die ETF versuche, den Fokus von formalen Anbietern stärker auf nicht formales Lernen zu verlagern.

Lars MORTENSEN (Dänemark) schlägt vor, eine stärkere Reflexion über die Methoden und Mechanismen für die Umsetzung in das Dokument einzubeziehen und Hinweise aufzunehmen, wie die ETF die Partnerländer tatsächlich unterstütze. Er räumt ein, dass die Umsetzung politischer Maßnahmen in der ausschließlichen Zuständigkeit des Partnerlandes liege, seiner Ansicht nach kann es jedoch hilfreich sein zu sehen, wie die Umsetzung einer politischen Maßnahme durch die ETF unterstützt werde. Die ETF erklärt sich bereit, in einer der nächsten Sitzungen des Vorstands Beispiele vorzustellen, die die Arbeitsmethoden veranschaulichten.

Auch Tarja RIIHIMÄKI (Finnland) habe die Frage der Arbeitsmethoden im Rahmen des Interviews, das sie mit den externen Prüfern zur Wirkung der Arbeit der ETF geführt habe, angesprochen. Sie erläutert, dass Informationen anhand der Schlüsselleistungsindikatoren bereitgestellt würden. Sie ersucht jedoch um einen konkreten Zeitpunkt in den kommenden Vorstandssitzungen, um die Diskussion über die Indikatoren wieder aufzunehmen. Die ETF erläutert ihre Verwendung von Fortschrittsindikatoren der Länder, die in den Bewertungsprozess einfließen.

Peter VAN IJSSELMUIDEN (Niederlande) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage der „Stabilität“, die in der Zusammenfassung erwähnt werde, und schlägt eine Umformulierung vor, um die Tatsache zu betonen, dass die Programmplanung eine Reaktion auf die Herausforderungen in den Nachbarländern der EU darstelle.

Zum Abschluss der Diskussion stellt der Vorsitzende Folgendes fest:

- Sämtliche Empfehlungen und Bemerkungen würden berücksichtigt.
- Fragen der Umsetzung seien äußerst wichtig und würden bei der Programmplanung wohl durchdacht.

- Die während der Diskussion angesprochene Frage der Indikatoren werde in das aktualisierte Dokument aufgenommen.
- Auch Fragen der Stabilität würden bei der überarbeiteten Fassung des Dokuments berücksichtigt.

12. Verschiedenes

Außerdem erinnert der Vorsitzende die Vorstandsmitglieder, die noch nicht ihren Lebenslauf und ihre Verpflichtungs- und Interessenerklärung vorgelegt hätten, daran, diese so schnell wie möglich einzureichen, da das Europäische Parlament um die Veröffentlichung der Interessenerklärungen und Lebensläufe der Vorstandsmitglieder bis zum 1. Dezember 2015 gebeten habe.

13. Datum der nächsten Sitzung

Die nächste Vorstandssitzung findet im Juni 2016 in Turin statt.

Follow-up-Maßnahmen:

- Das Programmplanungsdokument 2017-2020 wird nach den Empfehlungen der Vorstandsmitglieder überarbeitet.
- Der endgültige Bericht über die externe Evaluierung der ETF wird in der Vorstandssitzung im Juni 2016 erörtert.
- Die Frage der Wirkungsindikatoren auf Länderebene wird in einer der nächsten Sitzungen des Vorstands erörtert.

ANHANG

11. Mündliche Berichte

Fortschritte bei den Strategien und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Christophe MASSON (GD NEAR) stellt die neuen politischen Rahmen in den Kandidaten- und Nachbarländern vor.

Er verweist auf die Wirtschaftsreformprogramme in der Erweiterungsregion. Die ersten Wirtschaftsreformprogramme seien im Januar 2015 auf Grundlage der Wirtschaftsprogramme zur Beitrittsvorbereitung (PEP, Pre-accession Economic Programme) vorgelegt worden und wiesen einen neuen Fokus auf Strukturreformen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit auf.

Entsprechend dem Europäischen Semester bestehe das übergeordnete Ziel der Wirtschaftsreformprogramme auf einer Stärkung der finanzpolitischen Rahmen, einer Steigerung des langfristigen Wachstums und einer Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. In diesem Zusammenhang stärkten die Wirtschaftsreformprogramme die Kapazitäten zur Bewältigung von Wettbewerbsdruck und Marktkräften innerhalb der EU (wirtschaftliche Kriterien des Kopenhagen-Prozesses).

Von der GD ECFIN und der GD NEAR sei eine Bewertung der Wirtschaftsreformprogramme vorgenommen worden und von den Ministern des ECOFIN seien am 12. Mai 2016 gemeinsame Schlussfolgerungen angenommen worden. Auch von den Regierungen der westlichen Balkanländer würden voraussichtlich Wirtschaftsreformprogramme angenommen, die in Unterausschüssen erörtert und im Jahr 2016 aktualisiert würden.

Die früheren Programme für Beschäftigung und soziale Reformen (ESRP), die von der GD EMPL verwaltet worden seien, seien jetzt für alle Länder in die Wirtschaftsreformprogramme aufgenommen worden. Somit liege ein stärkerer Schwerpunkt auf Beschäftigung und würden die Prioritäten für strukturelle Reformen um soziale Eingliederung, Armut und Chancengleichheit erweitert. Allerdings sei nur eine begrenzte Zahl von Prioritäten für die Reformen mit einem starken Fokus auf der Schaffung von Arbeitsplätzen enthalten.

Herr MASSON hebt des Weiteren hervor, dass die Region stark von der Flüchtlingskrise betroffen sei und die Europäische Kommission versuche, ihre Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern, insbesondere der Türkei, die über 2 Mio. syrische Flüchtlinge aufgenommen habe, zu verstärken.

Was die Europäische Nachbarschaftspolitik betreffe, so habe die Europäische Kommission am 18. November 2015 die Schwerpunkte der Überprüfung der Politik vorgestellt. Stärkere Partnerschaften mit den Nachbarländern seien ein Schlüsselement. Die Überprüfung beruhe auf fünf Pfeilern: wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherheitsbereich und Stabilisierung, Migration, Zusammenarbeit im Bereich Energie und Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der Nachbarländer. Es gelte weiterhin der Grundsatz der Differenzierung und die EU investiere in Partnerschaften, um mehr Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen. Die Prioritäten würden mit den Partnerländern und Mitgliedstaaten erörtert und anschließend könnten die Auswirkungen auf die Arbeit der ETF bewertet werden. Derzeit seien Pfeiler 1: wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Pfeiler 3: Migration für die Arbeit der ETF von zentraler Bedeutung.

Er stellt das Budgethilfeprogramm und die Sektorreformverträge für die Berufsbildung vor und sichert zu, auf der nächsten Sitzung im Juni einen konkreten Fall der Zusammenarbeit zwischen der ETF und einer EU-Delegation vorzustellen.

Jean-Paul HEERSCHAP (GD DEVCO) informiert die Vorstandsmitglieder, dass die ETF den EU-Delegationen in den Ländern, in denen die GD DEVCO tätig sei, d. h. Zentralasien, weiterhin wesentliche Unterstützung leiste. Die ETF beteilige sich an dem von der GD DEVCO für die EU-Delegationen organisierten Workshop zu beruflicher und allgemeiner Bildung und wirke daran mit.

Herr Heerschap kündigt zwei neue künftige Programme an:

- Die GD DEVCO, die in etwa 25 Ländern (keine ETF-Partnerländer) im Bereich der Berufsbildung tätig sei und einen Gesamtbetrag von etwa 500 Mio. EUR zur Verfügung habe, werde 10 Mio. EUR für die Analyse der Berufsbildung und Bildungssysteme in Afrika und anderen Teilen der Welt zur Verfügung stellen. Möglicherweise werde die GD DEVCO diese Analyse auf die Erfahrungen und den Rahmen des Turin-Prozesses stützen. Diese Analyse könne von einem Mitgliedstaat oder einer UN-Agentur durchgeführt werden.
- Die GD DEVCO habe einen Betrag von 1,8 Mrd. EUR für einen Treuhandfonds zurückgestellt, der sich mit den grundlegenden Ursachen von Migration befasse, während Berufsbildung als einer der möglichen Wege zur Behebung dieser grundlegenden Ursachen betrachtet werde.

Thomas BENDER (GD EMPL) informiert den Vorstand über die neuesten Entwicklungen im Bereich Beschäftigung mit Schwerpunkt auf den Kandidatenländern. In der vor der Sitzung an den Vorstand verteilten Präsentation sind weitere aktuelle Informationen enthalten.

2016 werde die EU weiterhin den neuen jährlichen Prozess für die wirtschaftliche Governance in den Kandidatenländern durchführen. Bis Januar 2016 würden die Wirtschaftsreformprogramme der einzelnen Länder der Kommission vorgelegt. Diese umfassten finanzpolitische Strategien und Strukturreformen in verschiedenen Politikfeldern, darunter auch Beschäftigung und Sozialpolitik. Dies umfasse die Humankapitalentwicklung mit besonderem Schwerpunkt auf Verbindungen mit dem Arbeitsmarkt.

Nach der Bewertung der Kommission werde der Rat im Mai die Bewertung der Wirtschaftsreformprogramme zusammen mit den Kandidatenländern erörtern und gemeinsame Schlussfolgerungen annehmen, einschließlich Leitlinien für die Länder für das kommende Jahr.

Die Plattform für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sei entwickelt worden, um den westlichen Balkanländern im Bereich Beschäftigung und sozialpolitischen Reformen im Rahmen des Heranführungsprozesses zu unterstützen. Diese habe eine Laufzeit von drei Jahren (2016-2019) und sei mit Finanzmitteln in Höhe von insgesamt 3,45 Mio. EUR mit einem Anteil der EU von 3 Mio. EUR ausgestattet.

Das Projekt werde vom Regionalen Kooperationsrat (RCC) und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) durchgeführt. Der Beitrag des Regionalen Kooperationsrats ziele auf eine Unterstützung der Vorbereitung und Umsetzung der Programme für Beschäftigung und soziale Reformen, eine Steigerung der Kapazitäten zur Politikgestaltung und eine Stärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Schwerpunkt des Beitrags der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sei eine Verbesserung der Kapazitäten der Arbeitsaufsichtsbehörden und eine Stärkung des sozialen Dialogs auf nationaler und regionaler Ebene. Die ETF werde ein zentraler Partner im Rahmen dieses Projekts sein und Fachwissen für die Aktivitäten der Plattform bereitstellen.

Der Vorsitzende dankt den Referenten und betont, wie wichtig die Arbeit in Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformprogrammen sei, die vom Europäischen Semester inspiriert seien.

Micheline SCHEYS (Belgien) verweist auf die Quantität der Arbeit zur Kompetenzentwicklung, betont aber auch die Bedeutung von Qualifikationen in diesem Prozess.

Trends und Entwicklungen bei der ETF

Madlen SERBAN und Anastasia FETSI halten eine Präsentation zum Thema „Win-Win-Win Skills and Migration“.

Zwei zentrale Aspekte hätten Einfluss auf die Arbeit der ETF im Bereich Migration: Bei der Umgestaltung der Berufsbildungssysteme in den Partnerländern müsse Migration berücksichtigt werden und dem Interesse der EU an legaler zirkulärer Migration müsse Rechnung getragen werden. Die meisten qualifizierten Migranten wählten nicht Europa, sondern Ländern mit engeren sprachlichen und kulturellen Verbindungen als Ziel. Für die Partnerländer habe Migration umfassende Auswirkungen und bei politischen Strategien sei dies als Verlust zu betrachten.

Die ETF engagiere sich intensiv in Ländern, die Mobilitätspartnerschaften mit der EU geschlossen hätten, wie die Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Tunesien, Marokko und Jordanien sowie Belarus und Libanon, die sich in der Vorbereitungsphase befänden.

Die ETF verfolge mit Blick auf Migration folgenden Fokus:

- Fakten für die Entscheidungsfindung
- Anpassung der beschäftigungspolitischen Strategien und Berufsbildungssysteme zur Entwicklung und Nutzung von Kompetenzen von Migranten
- Steuerung einer strukturierten legalen zirkulären Migration.

Die ETF stellt ihre Arbeit in diesem Bereich im Zeitraum 2007-2012 vor. Dabei habe der Schwerpunkt auf einem Verständnis der Verbindung zwischen Kompetenzen und Migration gelegen. Zu den Ergebnissen dieser Arbeit zählten eine Datenbank, Methoden, Berichte, Erhebungen und statistische Daten. Die Studien hätten aufgezeigt, dass die Mehrheit der Migranten über niedrige oder mittlere Qualifikationen verfügten und Beschäftigungsperspektiven und Lebensstandard die wichtigsten Gründe für Migration gewesen seien. Des Weiteren hätten sie gezeigt, dass Migranten in den Ländern, in die sie migriert seien, Kompetenzen erworben hätten, diejenigen, die zurückkehrten, jedoch Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung gehabt hätten.

Seit 2013 liege der Schwerpunkt der ETF auf dem Verständnis, welche Faktoren zu einer Win-Win-Win-Situation bei der Migration für die Partnerländer, die EU und die Migranten führten. Diese beruhe auf einer Kombination folgender Faktoren:

- kompetenzbezogene politische Maßnahmen zur Verbesserung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- politische Maßnahmen zur Verbesserung der Abstimmung von Kompetenzen von Migranten.

Die Ergebnisse umfassten eine globale Bestandsaufnahme mit Schwerpunkt auf den Herkunftsländern und eine Sammlung von über 300 Unterstützungsmaßnahmen für Migranten in den Bereichen Beschäftigung und Kompetenzen.

Mit Blick auf die gewonnenen Erkenntnisse seien die Einbeziehung von Arbeitgebern, das Augenmerk auf Qualifikationen sowie die Beratung und Einbeziehung lokaler Behörden maßgeblich. Gleichzeitig zahlten sich Investitionen in Kompetenzen aus. Leider hätten kompetenzbezogene Strategien und Maßnahmen, mit denen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verbessert werde, bei der Steuerung von Migration eine geringe Bedeutung und gingen größtenteils von den Gebern aus, seien nicht integriert und mit hohen operativen Kosten verbunden.

Aktuelle Informationen zum luxemburgischen Ratsvorsitz

Karin MEYER (Luxemburg) stellt die Ergebnisse des luxemburgischen Ratsvorsitzes vor.

Der Rat für Bildung habe nach den tragischen Ereignissen in Paris am 13. November 2015 einen Diskussionspunkt aufgenommen, der sich mit der Notwendigkeit einer Verhinderung von Radikalisierung durch die Stärkung der sozialen Eingliederung und Verhinderung der Marginalisierung von jungen Menschen befasst habe.

Bezüglich Migration und Flüchtlingen dankt sie der ETF für die Erstellung und Präsentation von grundlegenden Instrumenten während einer Sondersitzung, die vom Ratsvorsitz zu diesem Thema einberufen worden sei.

Die Schlussfolgerungen der Tagung der Generaldirektoren für Berufsbildung würden in Kürze auf der Website veröffentlicht.

Aktuelle Informationen zum bevorstehenden niederländischen Ratsvorsitz

Herr Peter VAN IJSSELMUIDEN (Niederlande) stellt die Ziele und wichtigsten Veranstaltungen vor, die während des niederländischen Ratsvorsitzes organisiert würden. Der Schwerpunkt werde auf Innovation, Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen liegen und es würden Bürger und Akteure der Zivilgesellschaft einbezogen. Der politische Schwerpunkt werde auf Strategien für die Berufsbildung und Hochschulbildung liegen (Modernisierung, Exzellenz, Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit).

Die formellen Tagungen des Rates für Bildung würden am 24. Februar und am 30. Mai 2016 stattfinden und sich mit dem Thema Kompetenzen, und sofern möglich, der Kompetenzagenda der EU befassen.

Die Tagung der Generaldirektoren für Berufsbildung werde am 15./16. Februar 2016 in Amsterdam stattfinden und sich mit folgenden Themen befassen: der europäischen Kompetenzagenda, Förderung von Mobilität in der Berufsbildung mit Schwerpunkt auf dem Scoreboard für Mobilität, erste Ergebnisse des Programms Erasmus+ sowie zusätzliche Bemühungen der Mitgliedstaaten; leistungsbezogene Finanzierung für die Berufsbildung sowie Partnerschaften zwischen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen (Weiterverfolgung des Pakts für die Jugend).

Der Tagung werde sich eine Konferenz mit dem Titel „Skills for a Lifetime – Towards a future proof VET“ am 16./17. Februar 2016 anschließen. Folgende Themen würden behandelt:

- Exzellenz in der Berufsbildung, flexible Lösungen auf einem sich verändernden Arbeitsmarkt
- Förderung von beruflichen Laufbahnen in der Berufsbildung, Ausrüstung für lebenslanges Lernen
- Länderübergreifende Mobilität in der Berufsbildung (einschließlich Mobilität außerhalb der EU).

ANNEX¹

11. Oral reports

Progress on Commission policies and programmes that have an impact on the ETF

Christophe MASSON (DG NEAR) presented the new policy frameworks in the Enlargement and Neighbourhood countries.

He referred to the Economic Reform Programmes (ERP) in the Enlargement region, with the first ERPs submitted in January 2015 based on the Pre-Accession Economic Programmes (PEP) and with a new focus on structural reforms to boost competitiveness.

Mirroring the European Semester, the overall purpose of the ERP is to strengthen macro-fiscal frameworks, enhance long-term growth and boost competitiveness. In this context, the ERPs will strengthen capacity to cope with competitive pressure and market forces within the EU (Copenhagen economic criteria).

An assessment of the ERPs was made by DG ECFIN and DG NEAR and the Joint Conclusions were adopted by ECOFIN Ministers on 12 May 2015. The ERPs are also expected to be adopted by the governments of the Western Balkans, discussed in sub-committees and updated in 2016.

The previous Employment and Social Reform Programmes (ESRP) which were managed by DG EMPL are now incorporated in the ERP for all countries. This means a stronger focus on employment and expands the scope of structural reform priorities to include social inclusion, poverty and equal opportunities. However, only a limited number of reform priorities are included with a strong focus on job creation.

Mr MASSON also stressed that the region has been seriously affected by the refugee crisis and the European Commission is looking to increase its cooperation with Enlargement countries, especially Turkey which is managing more than 2 million Syrian refugees.

As regards the European Neighbourhood Policy, on 18 November 2015, the European Commission presented the main lines of the review of the policy. Stronger partnerships with the neighbours is a key element. The review is based on five pillars: economic development and job creation, security sector and stabilisation, migration, cooperation on energy and cooperation with the neighbours of the neighbours. The principle of differentiation continues and the EU is investing in partnerships to create more opportunities for youth. The priorities will be discussed with the partner countries and the member states and then the impact on the work of the ETF may be assessed. At present pillar one: economic development and job creation, and three: migration are key to the ETF's work.

He presented the budget support programme and sector reform contracts for VET with a promise that at the next meeting in June a concrete case on cooperation between the ETF and an EU Delegation would be presented.

¹ Available only in English

Jean-Paul HEERSCHAP (DG DEVCO) informed the Governing Board members that the ETF continued to provide significant support for the EU Delegations in the countries where DG DEVCO operates i.e. Central Asia. The ETF participated and contributed to the workshop organised by DG DEVCO for the EU Delegations on VET and education.

Mr Heerschap announced two new upcoming programmes:

- DG DEVCO, active in VET in about 25 (non-ETF) countries for a total value of about € 500 million, will make €10 million available to analyse VET and education systems in Africa and other parts of the world. DG DEVCO may build this analysis on the basis of the experience of the Torino Process and framework. This analysis might be implemented by a Member State or a UN agency.
- DG DEVCO has reserved €1.8 billion for a Trust Fund addressing the root causes of migration, whereby VET is envisaged as one of the possible pathways to address these root causes.

Thomas BENDER (DG EMPL) informed the Governing Board about the latest developments in the area of employment focusing on the Enlargement countries. Other updates were included in the presentation distributed to the Governing Board prior to the meeting.

In 2016, the EU will continue to conduct the new annual process for economic governance with the enlargement countries. By January 2016 economic reform programmes (ERPs) will be submitted by each country to the Commission, covering macrofiscal policies and structural reforms in different policy areas, including employment and social policies. This covers human capital development with a specific focus on links to the labour market.

Following the Commission assessment, in May the Council will discuss the ERP assessment together with the enlargement countries and adopt joint conclusions, including guidance to the countries for the coming year.

The employment and social affairs platform was developed to assist the Western Balkan countries with employment and social policy reforms in their pre-accession process. It lasts for three years (2016-19) with a total budget of €3.45 million and an EU share of €3 million.

The project will be implemented by the Regional Cooperation Council (RCC) and the International Labour Organization (ILO). The RCC component aims to support the preparation and implementation of the Employment and Social Reform Programmes, enhance policy making capacity and strengthen public employment services. The ILO component focuses on enhancing the capacity of labour inspectorates and strengthening social dialogue at national and regional levels. The ETF will be a key partner in the project and will provide expertise to the platform activities.

The Chair thanked all the presenters and highlighted the importance of the work related to ERP's which is inspired by the EU Semester.

Micheline SCHEYS (Belgium) remarked on the quantity of work on skills development but stressed the importance of qualifications in this process.

Trends and developments at the ETF

Madlen SERBAN and Anastasia FETSI made a presentation on "Win-Win-Win Skills and Migration".

Two key issues have an impact on the ETF's work on migration: the transformation of VET systems in partner countries should take migration into account and the EU's interest in legal circular migration. Most qualified migrants do not choose Europe as a destination, choosing countries with closer

linguistic and cultural links. For the partner countries migration has a big impact and policies should consider this as a loss.

The ETF has worked extensively in countries that have concluded Mobility Partnerships with the EU such as the Republic of Moldova, Armenia, Azerbaijan, Georgia, Tunisia, Morocco and Jordan with Belarus and Lebanon in the pipeline.

The ETF focus on migration is on:

- Evidence for decision making;
- Adaptation of employment policies and VET systems for development and use of migrant skills;
- Structured legal circular migration management

The ETF presented its work in this area in the period 2007-12, when the focus was on understanding the link between skills and migration. Outputs of this work included a database, methodologies, reports, survey and statistics. The studies showed that the majority of migrants had low or middle level qualifications, and that employment perspectives and standard of living are the main reasons for migration. They also showed that migrants accumulated skills in the countries they migrated to but those who returned had difficulties in reintegrating.

Since 2013, the ETF focus has been on understanding what produces a win-win-win situation in migration for partner countries, the EU and migrants. This situation is a product of:

- Skills related policy measures to improve labour market integration
- Policy measures to enhance the skills matching of migrants

The results include a global inventory with a focus on the countries of origin and a collection of more than 300 migrant support measures from an employment and skills perspective.

In terms of lessons learnt, the involvement of employers, the attention given to qualifications and guidance and the involvement of local authorities are key. At the same time, investing in skills pays. Unfortunately, skills related policies and measures that improve labour market integration is marginal in migration management, largely donor driven, not integrated and with high operational costs.

Updates on the Luxembourg Presidency

Karin MEYER (Luxembourg) presented the outcomes of the Luxembourg Presidency.

The Council of Education, which following the tragic events in Paris on 13 November 2015, included a point for discussion on the need to prevent radicalisation by reinforcing social inclusion and preventing the marginalisation of young people.

On migration and refugees she thanked the ETF for preparing and presenting basic tools during a special meeting called by the Presidency on the issue.

The conclusions of the meeting of the directors general for VET will be published shortly on the website.

Updates on the upcoming Dutch Presidency

Mr Peter VAN IJSSELMUIDEN (the Netherlands) presented the objectives and main events to be organised under the Dutch Presidency, which will focus on innovation, contributing to growth and jobs and will involve citizens and societal actors. The policy emphasis will be on VET and higher education policies (modernisation, excellence, skills and employability).

The formal Education Councils will be organised on 24 February and 30 May 2016 and will cover the issue of skills and if possible, the EU Skills Agenda.

The meeting of the directors general for VET will be organised on 15-16 February in Amsterdam and will address the following topics: the European Skills Agenda, boosting VET mobility focusing on the mobility scoreboard, first results Erasmus+, additional efforts of member states; performance based funding for VET and the partnerships between education and training institutions and businesses (follow up to the Pact for Youth).

The meeting will be followed by a conference entitled 'Skills for a Lifetime - Towards a future proof VET', on 16-17 February 2016. The following themes will be tackled:

- Excellence in VET. Flexible solutions in a changing labour market.
- Facilitating careers in VET. Equipment for lifelong learning.
- Transnational mobility in VET (including mobility outside of the EU)